expertenReport

Quelle: Experten/KI

Der Schlüssel zum deutschen Comeback heißt Produktivität

Ute Pappelbaum

Deutschland kann sein Potenzialwachstum im kommenden Jahrzehnt wieder auf mehr als ein Prozent pro Jahr steigern. Zu diesem Ergebnis kommt KfW Research in der Studie „Standort Zukunft. Wie Deutschland zu neuer Stärke und Wachstum findet“. Seit 2015 ist das Potenzialwachstum von knapp zwei Prozent auf nur noch leicht über null gefallen. Eine Rückkehr auf mehr als ein Prozent würde deshalb eine deutliche Verbesserung der langfristigen Wachstumsperspektiven bedeuten.

Produktivität wird zum zentralen Wachstumsfaktor

Bis 2040 dürfte die Bevölkerung im Erwerbsalter um 4,3 Millionen Menschen sinken, während die Zahl der Menschen im Rentenalter ab 67 Jahren um 3,9 Millionen steigt. Gleichzeitig ist die Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigem von rund 1.530 Stunden im Jahr 1995 auf etwas mehr als 1.330 Stunden 2025 zurückgegangen.

Die Möglichkeiten, zusätzliches Wachstum allein über ein steigendes Arbeitsvolumen zu erzielen, werden damit begrenzter. Zwar sieht die KfW weiteres Potenzial durch eine höhere Erwerbsbeteiligung, längere Erwerbsbiografien und bedarfsgerechte Zuwanderung. Langfristig gewinnt jedoch die Wertschöpfung je eingesetzter Arbeitsstunde an Bedeutung.

Hier hat Deutschland an Dynamik verloren. Die Stundenproduktivität der deutschen Wirtschaft stieg in den vergangenen zehn Jahren nur noch um durchschnittlich 0,6 Prozent pro Jahr. Je Erwerbstätigem stagnierte die Produktivität.

Die Studie setzt deshalb vor allem auf technischen Fortschritt, Digitalisierung, Qualifikation und eine bessere Kapitalausstattung der Unternehmen. Produktivität verbindet dabei die anderen Wachstumsfaktoren: Investitionen in Maschinen, Software oder Infrastruktur entfalten ihre Wirkung erst dann vollständig, wenn sie Arbeitsabläufe effizienter machen und zusätzliche Wertschöpfung ermöglichen.

KI soll in der Breite ankommen

Eine zentrale Rolle weist die KfW der Digitalisierung und künstlichen Intelligenz zu. KfW-Chef Stefan Wintels formuliert das Ziel, Deutschland zum führenden KI-Anwendungsland in Industrie und Mittelstand zu entwickeln. Im Vordergrund steht

damit weniger die Entwicklung eigener großer KI-Modelle als deren wirtschaftliche Nutzung.

Der Investitionsrückstand ist erheblich. Deutschlands IT-Investitionen entsprachen 2024 lediglich 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Vergleichbare große Industrieländer erreichten Werte zwischen 2,8 und 4,0 Prozent.

Eine von der KfW angeführte ZEW-KfW-Analyse zeigt zugleich einen Zusammenhang zwischen digitaler Kapitalausstattung und Produktivität. Ein um zehn Prozent höherer digitaler Kapitalstock eines mittelständischen Unternehmens geht demnach im Durchschnitt mit einer rund 0,16 Prozent höheren Produktivität einher.

Für die Wachstumsperspektiven kommt es deshalb auf die Verbreitung neuer Technologien an. Software und KI müssen in Produktionsprozesse, Verwaltung, Logistik und Geschäftsmodelle integriert werden. Dazu gehören Investitionen ebenso wie Weiterbildung und organisatorische Veränderungen in den Unternehmen.

Unternehmensinvestitionen sind deutlich zurückgegangen

Neben der Produktivität identifiziert die KfW die Investitionstätigkeit als zweite zentrale Schwachstelle. Die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote sank von 22 Prozent des BIP im Jahr 2000 auf 19,6 Prozent im Jahr 2025.

Bei den Unternehmen fällt die Entwicklung noch deutlicher aus. Von 2019 bis 2025 gingen die Unternehmensinvestitionen preis- und kalenderbereinigt um 8,3 Prozent zurück. Im Durchschnitt der vergangenen vier Quartale entsprachen sie nur noch 10,9 Prozent des BIP. Ein vergleichbar niedriges Niveau war zuvor während der globalen Finanzkrise erreicht worden.

Die KfW verweist dabei auf schwache Nachfrageperspektiven, hohe Energie- und Arbeitskosten, Unsicherheit, Bürokratie und den zunehmenden Fachkräftemangel. Diese Faktoren beeinflussen die erwartete Rendite und das Risiko neuer Investitionen und damit unmittelbar die Investitionsbereitschaft der Unternehmen.

Eine Rückkehr der Unternehmensinvestitionsquote zum langfristigen Mittelwert könnte nach Berechnungen der KfW das Potenzialwachstum über längere Zeit um 0,1 bis 0,2 Prozentpunkte erhöhen. Bei einem derzeit nur leicht positiven Potenzialwachstum wäre bereits dieser Effekt gesamtwirtschaftlich relevant.

Öffentliche Infrastruktur soll private Investitionen unterstützen

Auch auf staatlicher Seite sieht die Studie erheblichen Investitionsbedarf. Für die kommenden zehn Jahre veranschlagt KfW Research zusätzliche öffentliche Investitionen von insgesamt 400 bis 600 Milliarden Euro beziehungsweise 40 bis 60 Milliarden Euro pro Jahr.

Besonders groß ist der Rückstand auf kommunaler Ebene. Die Kommunen bezifferten ihren wahrgenommenen Investitionsrückstand 2025 auf 231 Milliarden Euro. Davon entfielen 69 Milliarden Euro auf Schulen und 54 Milliarden Euro auf Straßen und Verkehr.

Die KfW betrachtet öffentliche Investitionen dabei als Ergänzung privater Investitionstätigkeit. Leistungsfähige Verkehrswege, Energie- und Datennetze sowie Bildungsinfrastruktur verbessern die Bedingungen für private Wertschöpfung. Empirische Untersuchungen für Deutschland kommen laut Studie zu dem Ergebnis, dass ein zusätzlicher Euro öffentlicher Investitionen das Bruttoinlandsprodukt kumuliert um mehr als einen Euro und unter günstigen Bedingungen um rund zwei Euro erhöhen kann.

Entscheidend sind deshalb neben dem Investitionsvolumen die Auswahl der Projekte und deren Umsetzung. Öffentliche Mittel sollen zusätzliche Investitionen ermöglichen und dort eingesetzt werden, wo sie das Produktionspotenzial erhöhen.

Deutschlandfonds soll privates Kapital mobilisieren

Diese Logik liegt auch dem Ende 2025 gestarteten Deutschlandfonds zugrunde. Der Bund stellt öffentliche Mittel und Garantien in Höhe von rund 30 Milliarden Euro bereit. Damit sollen Investitionen von insgesamt rund 130 Milliarden Euro ausgelöst werden.

Der Fonds richtet sich unter anderem an Mittelstand, Energieversorgung, Start-ups und Scale-ups. Finanziert werden sollen beispielsweise neue Technologien und Produktionsanlagen, erneuerbare Energien, Wärme- und Stromnetze sowie Projekte in Deep Tech, KI und Biotechnologie.

Die öffentliche Finanzierung soll dabei subsidiär wirken. Die KfW formuliert ausdrücklich das Ziel, Risiken zu teilen, Finanzierungslücken zu schließen und privates Kapital zu mobilisieren, ohne private Finanzierung zu verdrängen.

Damit wird die Hebelwirkung zum wesentlichen Kriterium. Öffentliche Mittel sollen nicht an die Stelle privaten Kapitals treten, sondern Investitionen ermöglichen, für die aufgrund ihrer Größenordnung, Laufzeit oder Risikostruktur ansonsten nicht ausreichend Finanzierung zur Verfügung steht.

Bürokratie bindet knapper werdende Arbeitskraft

Einen weiteren Produktivitätsfaktor sieht die KfW in der Regulierung. Gründerinnen und Gründer des Jahres 2025 verwendeten durchschnittlich mehr als fünf Stunden pro Woche auf gesetzliche und regulatorische Anforderungen. Bei Vollerwerbsgründungen waren es etwa neun Stunden, bei Vollerwerbsgründungen mit Beschäftigten mehr als zwölf Stunden.

Bürokratie wirkt damit nicht nur über zusätzliche Kosten. Sie bindet Arbeitszeit und beeinflusst die Geschwindigkeit von Investitionen und Unternehmensentscheidungen.

Die KfW fordert deshalb digitale Verwaltungsverfahren, zentrale Anlaufstellen, verbindliche Entscheidungsfristen und eine stärkere Prüfung neuer Regulierung auf Folgekosten und Wirksamkeit. Ziel ist dabei nicht der Verzicht auf Schutzstandards, sondern eine effizientere Umsetzung.

Mit dem demografisch bedingten Rückgang des Arbeitsangebots gewinnt dieser Faktor zusätzlich an Bedeutung. Je knapper qualifizierte Arbeitskräfte werden, desto stärker wirken administrative Tätigkeiten, die für produktive Aufgaben nicht zur Verfügung stehen.

Mehr Eigenkapital für Innovation und Wachstum

Die Studie nimmt zudem die Finanzierungsstruktur der deutschen Wirtschaft in den Blick. Deutschland verfügt weiterhin über ein stark bankbasiertes Finanzsystem. Die Aktiva des Bankensektors entsprechen rund 245 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. In den USA liegt der entsprechende Wert bei etwa 80 Prozent.

Für den Mittelstand bleibt die Bankenfinanzierung nach Einschätzung der KfW unverzichtbar. Bei jungen Technologieunternehmen und schnell wachsenden Geschäftsmodellen gewinnt jedoch Eigen- und Risikokapital an Bedeutung. Diese Unternehmen verfügen häufig noch nicht über stabile Cashflows oder ausreichende Sicherheiten für eine klassische Kreditfinanzierung.

Hinzu kommen Unterschiede bei den Kapitalkosten. Die auf einem Dividendenbarwertmodell beruhenden Aktieneigenkapitalkosten börsennotierter Unternehmen lagen seit 2020 im Euroraum durchschnittlich bei 8,2 Prozent, in den USA bei 6,7 Prozent.

Die KfW plädiert deshalb für ein stärkeres Zusammenspiel von Banken und Kapitalmärkten. Ein tieferer europäischer Kapitalmarkt soll Eigenkapital und Wachstumskapital leichter verfügbar machen, Risiken auf mehr Investoren verteilen und Unternehmen die Skalierung innerhalb Europas erleichtern.

Der Mittelstand muss stärker am Innovationsprozess teilnehmen

Auch bei Forschung und Innovation sieht die KfW weniger ein grundsätzliches Forschungsdefizit als Schwierigkeiten beim Transfer in die wirtschaftliche Breite. Die deutschen Forschungs- und Entwicklungsausgaben liegen seit 2019 bei rund 3,1 Prozent des BIP. Das bereits für 2025 formulierte Ziel von 3,5 Prozent wurde damit nicht erreicht.

Auffällig ist die Konzentration der Ausgaben. 62 Prozent der Forschungs- und Entwicklungsausgaben der Wirtschaft entfallen auf Unternehmen mit mindestens 5.000 Beschäftigten. Gleichzeitig sank der Anteil innovativer mittelständischer Unternehmen innerhalb eines Zwölf-Jahres-Zeitraums um 56 Prozent.

Für das Produktivitätswachstum ist deshalb nicht nur die technologische Spitze relevant. Neue Technologien müssen auch Unternehmen erreichen, die keine eigenen großen Forschungsabteilungen unterhalten.

Die KfW setzt hier auf eine engere Verbindung von Mittelstand, Start-ups und Kapital. Start-ups können neue Technologien entwickeln, etablierte Unternehmen verfügen über Produktionswissen, Kundenbeziehungen und Möglichkeiten zur industriellen Skalierung. Kapital verbindet beide Seiten und ermöglicht die Finanzierung des Transfers.

Mehr als ein Prozent Potenzialwachstum ist erreichbar

Aus dem Zusammenspiel von höherer Erwerbsbeteiligung, steigenden Investitionen und stärkerem Produktivitätswachstum leitet KfW Research sein Wachstumsszenario ab. Für die Jahre 2030 bis 2040 hält die Studie ein durchschnittliches reales Potenzialwachstum von mehr als einem Prozent für möglich. Auch ein reales Pro-Kopf-

Wachstum von mindestens einem Prozent erscheint unter den getroffenen Annahmen erreichbar.

Die Größenordnung bleibt gegenüber früheren Wachstumsphasen moderat. Gegenüber einem Potenzialwachstum, das zuletzt nur noch leicht über null lag, wäre sie jedoch eine deutliche Verbesserung.

Die Studie beschreibt dafür keinen einzelnen dominierenden Hebel. Arbeitsangebot, Kapitalstock, Infrastruktur, Digitalisierung, Bildung und Finanzierung wirken aufeinander. Der zentrale Verbindungspunkt ist die Produktivität: Sie entscheidet darüber, welchen zusätzlichen Ertrag eine Volkswirtschaft aus Arbeitskraft, Investitionen und technischem Fortschritt erzielt.

Damit liegt die strukturelle Aussage der KfW-Studie jenseits der Frage, ob Deutschland kurzfristig wieder höhere Wachstumsraten erreicht. Entscheidend ist, ob Investitionen, Innovationen und Digitalisierung die Produktionsmöglichkeiten dauerhaft erweitern. Gelingt dies, kann sich das Potenzialwachstum wieder von der Nulllinie lösen. Ohne eine höhere Produktivitätsdynamik bleibt dagegen auch ein konjunktureller Aufschwung begrenzt.

Quelle: KfW Research, „Standort Zukunft. Wie Deutschland zu neuer Stärke und Wachstum findet“, 2026.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport

https://www.experten.de/id/4951766/Der-Schluessel-zum-deutschen-Comeback-heisst-Produktivitaet/